

sozial und ökonomisch längst als Nebel erwiesen hatten, ist erst nach erheblichen Kämpfen durchgedrungen worden. Sonst aber ist nichts zur Vereinfachung unseres Schulwesens geschehen. Nach wie vor besucht das Proletariat die Armen- und die Mädchen- und genießt das Kind der besterstellten Klasse alle jene Vorrechte und Vorzüge der höheren Schule. Die Deutschnationalen wissen ganz gut, was sie an diesem Kultusminister haben, drum konnte ihr Vertreter im Landtag neulich mit Recht Herrn Haenisch das hohe Lied der Anerkennung singen.

Diese demokratische, sozialdemokratische und zentrierte Schulpolitik in Preußen ist stöckerreaktionär. Das zeigte sich auch in dem Entwurf, der den staatlichen Unterhaltungsbeitrag für die Schulen regeln sollte. Preußen ist — wie das deutsche Reich — natürlich in Finanznot. Es muß daher gespart werden, das ist selbstverständlich. Doch mit der Sparjamkeit hängt man nicht etwa bei den höheren Schulen an, sondern selbstverständlich bei den Volksschulen. Ein jeder Pädagoge weiß, daß aus gesundheitlichen und unterrichtlichen Gründen die normale Besuchsziffer einer Klasse 30 sein sollte. Dieser neue Entwurf aber sah als rechnerische Grundlage für die staatliche Unterstützung die unglaubliche Besuchsziffer 60 vor. Natürlich wollte man es den Gemeinden überlassen, ihre Schulklassenfrequenzen bei 50 und weniger zu lassen, doch nach unserer jetzigen Steuergebarung bleibt den Gemeinden kein Geld mehr übrig. Sie werden daher, wenn dieser Entwurf Gesetz würde, die Besuchsziffer ihrer Schulklassen notwendigerweise von 40 auf 50 und schließlich 60 zurückrevidieren müssen.

Für die Volksschulen hat das Preußenparlament kein Geld; aber den Hohenzollern bewilligte es Pensionen und Abfindungen, die jeder rechtlichen und moralischen Grundlage entbehren. Ein jeder weiß, daß jede Schulreformfrage eine Lehrerfrage ist. Doch bislang sind nichts als Erwägungen in der dringenden notwendigen Reform des Lehrerbildungswesens angestellt worden. Nach wie vor werden unsere künftigen Lehrer in der Abgeschlossenheit der Präparanden-Anstalten und Seminare, möglichst reichlich mit Religion ausgestattet und vielfach von Geistlichen beaufsichtigt, für ihren künftigen Beruf vorgebildet. Angeblich hat man für alle diese Dinge kein Geld. Geld ist nur da für die Anstellung von Offizieren als Lehrer und Oberinspektoren für die Kadettenanstalten. Geld ist da für den militärischen Drill dieser Anstalten und für die durchgängig deutschnational und monarchistisch gefärbte Schulerziehung. Für den Lichterfelders Skandal, den die U. S. P. D. neulich in einer Anfrage im Reichstag aufdeckte, haben preussische und Reichsregierung nur leere Ausflüchte. Vergebens hat unsere Landtagsfraktion Anträge eingebracht, die wenigstens den notwendigsten Forderungen einer modernen Pädagogik entgegenkommen sollten. Doch die reaktionäre Mehrheit, oft mit Unterstützung der Rechtssozialdemokraten, hat all diese Anträge niedergestimmt. Selbst das Züchtigungsrecht der Lehrer und Lehrerinnen ist ebensowenig abgeschafft, wie die Gemeinschaftserziehung der Geschlechter eingeführt worden ist. Wir verlangten ferner vergebens, daß nun endlich gemäß der Verfassung verordnet würde, daß die Willenserklärung der Eltern oder Erziehungsberechtigten für die Beteiligung, nicht für die Nichtbeteiligung am Religionsunterricht erforderlich wäre. Aber nicht einmal soweit kam man den Dissidentenkindern entgegen, daß man unsern Anträge auf Verlegung der Religionsunterrichtsstunden an den Anfang oder das Ende des Unterrichts zustimmte. Und doch weiß ein jeder, zu wieviel Störungen und Schikanen Maßnahmen es führt, wenn der Religionsunterricht die sonstigen Unterrichtsstunden für alle Nichtteilnehmer unliebsam unterbricht. Selbstverständlich wurden alle weiteren Anträge auf Einführung eines obligatorischen Schulkindergartens, auf Unentgeltlichkeit von Lehr- und Lernmitteln, auf Einführung unentgeltlicher Schulspeisung, auf Umwandlung des Klassenunterrichts in Arbeitsgemeinschaften, auf Abschaffung des Berechtigungswezens und dergl. mehr, abgelehnt.

Am allerwenigsten dachte man in Preußen an eine Reform des bürokratischen und behördlichen Bevormundungssystems. Unendlich viel Mühe hat es bereits gekostet, die geistliche Schulinspektion durch sachmännische zu ersetzen. Die Provinzial-Schulkollegien des alten Regimes sind geblieben, in ihnen herrschen — abgesehen von einigen

wenigen Konzeptions-Schulzen — die alten Schulräte und Juristen; und nach wie vor gelten die Oberpräsidenten als die oberste Schulaufsichtsbehörde. Unsere programmatische Forderung, die im Einklang mit der Forderung aller fortschrittlichen und einsichtigen Pädagogen steht, geht in der Frage der Organisation des Schulwesens auf Erlass des behördlichen Bürokratismus durch eine durchgeführte Selbstverwaltung, in der die Allgemeinheit, die Lehrerschaft und Elternschaft als Träger der Selbstverwaltung anzusehen sind.

Zu einer derartigen freiheitlichen Entwicklung wird es jedoch in Preußen und in Deutschland solange nicht kommen, als die Zerrissenheit in der Arbeiterkraft der Reaktion alle Machtpositionen in die Hand spielt. Die kulturelle Entwicklung in Preußen und Deutschland sollte dem Proletariat zeigen, mit welcher Fähigkeit die Reaktion ihre Vorrechte nicht nur zu verteidigen, sondern sogar zu erweitern verheißt. Von dem Ausfall der nächsten Preußenwahlen wird es abhängen, ob in Kulturfragen der Kurs weiter nach rechts gesteuert werden soll, oder ob das Proletariat in klarer Erkenntnis seiner Macht das Steuer umdreht und zielbewußt und energisch nach links steuern wird.

Die große Lüge

Was ein Kriegsverbrecher erzählen darf

General Ludendorff, der unfähige preussische Offizier, der gerne als „Feldherr“ gelten möchte, hat von Zeit zu Zeit das Bedürfnis, in der Öffentlichkeit erwähnt zu werden. Vor einiger Zeit gab er dem Berichterstatter des brasilianischen Blattes „Correio da Marcha“ einige Aufschlüsse über die deutsche Niederlage. Er behauptete, die Revolution habe das Kriegsmaterial „durch Verrat der Feinde ausgeliefert“ und fuhr dann fort:

„Der Feldmarschall und ich wollten bis zur gänzlichen Erschöpfung unserer Widerstandskraft kämpfen. Die Welt weiß, warum unsere Armee nicht ihre Pflicht bis zum Ende erfüllen konnte, wie die Franzosen nach Sedan. Ich sage nicht, daß die Verlängerung unseres Widerstandes uns den Sieg gebracht hätte. Aber die Moral unserer Feinde, sowohl der Armee wie der Heimat, stand auch nicht so hoch, daß der Verband uns einen Gewaltfrieden hätte diktieren können, wenn wir noch einen Winter durchgehalten hätten.“

Diese Märchen kann Herr Ludendorff gerade noch den Brasilianern erzählen, obwohl auch darin schon eine recht geringfügige Einschätzung der geistigen Qualitäten dieses Landes liegt, eine Geringschätzung, die bei Ludendorff allerdings typisch ist. Es ist unwar, daß Ludendorff und Hindenburg weiterkämpfen wollten „bis zur völligen Erschöpfung“. Sie sahen vielmehr die Katastrophe der völligen Vernichtung des deutschen Heeres nahe bevorstehend und bettelten deshalb in tiefster Not bei der Regierung um Waffenstillstand. Zu feige, um für das Unglück, das über Deutschland hereingebrochen war, die Verantwortung zu übernehmen, floh Ludendorff nach Schweden und schimpfte nun nachträglich wie ein Rohrspieß über das Volk, das im Gegensatz zu ihm den ganzen Krieg hindurch die bittersten Entbehrungen auf sich nahm. Ludendorff kann sich diese Rolle gerade noch in Deutschland mit seiner verlotterten Rechtspflege erlauben. In jedem anderen Lande sähe er längst hinter Schloß und Riegel, wenn nicht wegen seiner verbrecherischen Kriegshandlungen, dann mindestens wegen Hochverrats. Denn Ludendorff, wieder lebendig geworden durch die Wiederaufrichtung des kaiserlichen Militarismus durch Noske, war einer der geistigen Führer des Rapp-Butsches, trägt also auch die Verantwortung für alle Verbrechen und Schandthaten, die dieser Butsch gezeitigt hat.

Haenisch leistet Abbitte

Der preussische Kultusminister Haenisch hatte kurz nach dem ersten Prozeß gegen die Marburger Studenten in einem Berliner Abendblatt einen Artikel über die Verwilderung der politischen Sitten veröffentlicht und dabei die Zeitschriftlichen, die bei Reichert die 15 unbewaffneten Arbeiter „auf

der Flucht“ erschossen hatten, als feige Nordbuben bezeichnet. Jetzt haben die Marburger Herrschaften, kühn geworden durch den gelungenen Freispruch, von allen denjenigen, die sie angeblich beleidigt haben sollten, öffentliche Abbitte verlangt. Herr Haenisch, aufrecht und entschlossen wie er ist, hat sie geleistet. Er hat an den Vorstehenden der Deutschen Studentenschaft, Herrn von Cubei folgenden Brief gerichtet:

„... Meine in Ihrem Kreise lebhaft beanstandete Aeußerung über die Marburger Zeitschriftlichen anlässlich der Reichertstädter Tragödie stand unter dem Eindruck der Reichstagsreden und der Verhandlungen vor dem Kriegesgericht. Sie erfolgte aus dem schmerzlichen Gefühl heraus, daß durch jene Vorgänge die Gegensätze zwischen Arbeiterwelt und Studentenschaft, deren Ueberbrückung mir von jeher am Herzen lag, verschärft werden müßten. Wenn ich mir auch die endgültige Stellungnahme zum Vorgehen der beteiligten Zeitschriftlichen vorbehalten muß, bis die wegen Mißhandlung gegen einige Studenten eingeleiteten Verfahren zum Abschluß gebracht sind, so will ich als preussischer Staatsminister doch bereits heute erklären, daß ich nach dem rechtskräftig gewordenen Spruch des Kasseler Schwurgerichtes die von mir gebrauchten schroffen Wendungen nicht aufrecht erhalte. Ich nehme diese Wendungen hiermit zurück.“

Der „Vorwärts“ bedauert diesen Rückzug Haenischs, da kein reuemütig zurückgezogenes Urteil über die Marburger Studenten von jedem Sozialdemokraten geteilt werde. Auch wir sehen uns nicht veranlaßt, irgendeine Silbe von dem zurückzunehmen, was wir über den Fall der Marburger geschrieben haben. Selbst wenn wir den Freispruch des Kasseler Schwurgerichtes als beweiskräftig ansehen würden, bleibt die Tatsache bestehen, daß die Studenten bei ihrem Feldzug nach Thüringen wehrlose Gefangene bespuckt, beschimpft, geschlagen und getreten haben. Darunter eine alte Frau von 70 Jahren. Wer sich aber an wehrlosen Gefangenen vergreift, ist ein Feigling, ein christlicher Feigling, ganz gleich, welchen Namens und welchen Stammes er ist. Das mögen sich die Marburger merken.

Bannfluch gegen das Monokel

Der Minister Severing hat zweifellos Mut. Er wagt es, gegen die heiligsten Requisiten des Ständebewußtseins des traditionellen preussischen Offiziers vorzugehen, der in den Beamten der Sicherheitspolizei seine etwas humoristische Wiederholung erlebt. Da die oberen Beamten der Sipps keine würdigeren Vorbilder für ihr Gebahren finden, ist das Aeußere des preussischen Leutnants der Sinn ihres Strebens. Das Einglas gehört daher in diesen Kreisen zum guten Ton. Und gegen dieses Instrument geht Severing in einer Verfügung vor. Er bemerkt, daß ein Teil der oberen Beamten der Schutzpolizei trotz seines verschiedenen Hinweises immer noch Eingläser trägt. Der Minister vermutet — wohl mit Recht — das diese Mode nicht auf einseitigen Augenschwäche, wie er sich ausdrückt, sondern „auf äußerlichen Gründen“ beruht. Er betont, daß der Polizeibeamte mehr als je um das Sein und Anerkennung zu ringen habe und dieses Bestreben dürfe sich nur auf Pflichtgefühl, Wissen und Tatkraft stützen. Das alles werde durch Ausschüß der erwähnten Art in höchst nachteiliger Weise beeinträchtigt. Die Verfügung schließt:

„Ich muß von jedem Beamten erwarten, daß er in diesen schweren Zeiten unter Ausschaltung jeder Aeußerlichkeit seinem Berufe nachgeht und demgemäß vom Tragen des Einglases absieht.“

Es wird sehr schmerzhaft sein für die Herren Pseudo-Leutnants, daß es ihnen nicht mehr gestattet sein soll, die innere Hohlheit durch den mondänen äußeren Schmuck des Einglases zu verdecken. Aber: womit sich so ein Minister auch alles beschaffen muß!

Die Pläne des Reichstags. Wie eine Korrespondenz mitteilt, beabsichtigt der Reichstag nach den vorläufigen Dispositionen vom 19. Januar bis 4. Februar Sitzungen abzuhalten und sich alsdann für den Rest des Monats Februar wegen der Wahlen zu vertagen. Vor Ostern wird der Reichstag noch im März 3 Wochen tagen. Geplant ist, die Staatsberatungen im Reichstage bis Anfang Februar zu beenden und eine allgemeine Aussprache über die neuen Steuern herbeizuführen.

Ein Entwurf über die Bereitstellung von 40 Millionen Mark zu Darlehnszwecken an Kleinbahnen zur Verhütung der Stilllegung von Kleinbahnen ist der Landesversammlung zugegangen. Er regelt die Art der Darlehensgewährung und dient hauptsächlich dazu, im Interesse der allgemeinen Wirtschaft die Verkehrswege zu erhalten. Die Stilllegung von Eisenbahnbetrieben bedarf im übrigen der Genehmigung der Aufsichtsbehörden.

Oberschlesische Briefe

Von Walter Dehne

Lornowitz, Anfang Januar 1921.

Die Folgen des Krieges sind für die oberchlesische Industrie vor allem in Bezug auf die Kohlenfrage noch lange nicht überwunden. Die Erze, die zum Teil aus den Entente-Ländern oder auch aus dem neutralen Ausland kamen, fehlen heute in erheblichen Mengen, teils der Valuta wegen, teils wegen des allgemeinen Mangels an Rohprodukten überhaupt. So kommt es, daß einzelne Werke aus Mangel an Rohstoffen oft nur ein Fünftel oder gar ein Sechstel ihrer Friedensproduktion erreichen. Die ungeheuren Gewinne, die die oberchlesische Industrie jahrzehntelang gehabt hat, werden infolge des Mangels an Rohstoffen in den nächsten Jahren wohl nicht erreicht werden, da auch die Zeit der rigorosen Arbeiterentlassungen vorüber ist. Bei der Neuordnung der oberchlesischen Industrie, über die ja eines Tages noch ernsthaft wird gesprochen werden müssen, wird man vor allem darauf zu achten haben, daß die diesjährigen, heute völlig unberechtigten, aber aus Tradition noch erhaltenen Rechte, die auf den Privatbesitz an Grund und Boden zurückgeführt werden, verschwinden. Sie belasten nicht nur die Entwicklung der Industrie, sie erschweren vor allem die Lösung der sozialen und der Arbeiterfrage.

Das unübersichtbare Lichtmeer, das das Industriegebiet unterm nächtlichen Sternenhimmel bildet, gibt nur leise Vorstellungen von der ungeheuren Größe und der Feinheit des Wirtschaftsapparates, der diese Industrie in Gang hält. Selbst wenn man all die Behauptungen ablehnt, daß Polen bisher noch keine Beweise für verwaltungstechnisches Können gegeben hat, so muß man doch zugeben, daß es Polen stark an Leuten mangelt, die die industrielle Erfahrung genug besitzen, um diesen gewaltigen Apparat nicht nur in Gang zu halten, sondern ihn in seiner Entwicklung zu fördern. Der noch auf mehrere hundert Jahre unerschöpfliche Kohlenreichtum, aus dem die europäische Menschheit fast ihre gesamte Energie schöpfen muß, kann bei ungewöhnlichem nicht systematischem Abbau in wenigen Jahrzehnten erschöpft sein. Kommt dieses Industriegebiet mit seinem Kohlenreichtum in polnische Verwaltung, wird aus staatlichen Sanierungsbedürfnissen und infolge mangelnder industrieller Erfahrung Raubbau damit getrieben, so steht die europäische Industrie vielleicht in einigen Jahrzehnten vor dem völligen Zusammenbruch, die deutsche wie die polnische Arbeiterschaft in wenigen Jahren schon vor einer gewaltigen Arbeitslosigkeit. Man wird zweifelsohne eine der polnischen Wirtschaftsbekämpfung, wie die Lebensbedingungen der deutschen Industrie sorgfältig beobachtende Regelung in der Verteilung der Kohlen-

schätze vornehmen müssen. Es wäre das Klügste, wenn man heute schon, ohne das Abstimmungsresultat abzuwarten, eine Einigung über die Verteilung der Kohlenproduktion Oberschlesiens durch direkte Verhandlung zwischen den beiden Hauptkontrahenten herbeiführte. Man würde dadurch nicht nur schweren wirtschaftlichen Erschütterungen vorbeugen, sondern auch einer allzu großen Verheerung durch die Abstimmungspropaganda entgegenarbeiten.

Man soll sich in Deutschland nicht darüber täuschen, daß der bei weitem überwiegende Teil der Arbeiter in Oberschlesien die polnische Sprache als ihre Muttersprache anseht. Für diese Arbeiter gibt es kein schlimmeres Schreckwort als den Fatalismus, den die polnische Propaganda geschickt mit dem Zeugschmutz überhaupt identifiziert. Alle diejenigen, die an der Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland festhalten wollen, werden als Fatalisten bezeichnet. Man wird deshalb endlich erkennen müssen, daß es keine größere propagandistische Leistung für die deutschen Interessen geben kann als die allseitige Verurteilung der alten fatalistischen Methode. Es ist sinnlos, zu behaupten, die Kritik an den alten deutschen Verwaltungsmaßnahmen diene der polnischen Propaganda. Diese Kritik würde in demselben Augenblick eine Garantie für die Interessen der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens sein, in dem sie nicht nur von einzelnen deutschen Politikern, sondern von allen Parteien und von allen von der Regierung selbst geleitet wird. So lange man allerdings fortfährt, durch amtliche Nachrichtenbüros das deutsche Volk über die wahre Situation in Oberschlesien zu täuschen, so lange werden diese Täuschungsmanöver lediglich im polnischen Interesse verwerlet werden. Es ist heute noch schwer zu ermessen, wie groß der Schaden ist, den die preussische Regierung damit angerichtet hat, daß sie sich der oberchlesischen Autonomie so hartnäckig und so lange widersetzt hat. Sie hat damit nur erreicht, daß die polnische Propaganda die in der Autonomie ausgesprochene Anerkennung der Notwendigkeit der wirtschaftlichen und kulturellen Selbstverwaltung Oberschlesiens als eine aus Propagandazwecken vorgenommene Konzession bezeichnen kann. Wenn es noch heute in der Agitation vorkommt, daß preussische amtliche Stellen und halbamtliche Organe die Autonomie als nebenächlich bezeichnen, so kann man leicht erkennen, daß die enge Fühlung zwischen der oberchlesischen Bevölkerung und dem übrigen Teil des deutschen Volkes noch immer durch bürokratische Verwaltungsmaßnahmen erschwert wird. Es ist höchste Zeit, daß mit diesen Methoden aufgeräumt wird.

Anatole France, gegenwärtig Frankreichs größter Dichter, ist in die französische kommunistische Partei eingetreten. Ein neuer Beweis für die Anziehungskraft des Kommunismus auf die Intellektuellen.

Die Volkshochschule Groß-Berlin

Die Volkshochschule Groß-Berlin veröffentlicht ihren Lehrplan für das Quartal Januar — März 1921. In der kleinen Ausgabe des Arbeitsplanes, die die Form einer graphischen Uebersicht hat, hat die Leitung der Volkshochschule einen Spiegel ihres Wirkens und Werdens geschaffen, der das Gesicht des noch so jungen Unternehmens getreulich wiedergibt, und damit auch alle Veränderungen in diesem Gesicht, die eine fortschreitende Entwicklung erkennen lassen. Kurz: es ist zu sagen, daß die junge Volkshochschule Groß-Berlin schon ein Gesicht hat, ein Gesicht mit klarem Charakter.

Die freien Flächen der graphischen Uebersicht des Unterrichtsplanes füllen sich mehr und mehr, neue Lehrstufen treten zu den alten, von bisher selbständigen Vorort-Volkshochschulen haben sich Keußlin, Oberschöneweide und Wilmersdorf der Volkshochschule Groß-Berlin angeschlossen, neue Arbeitsstätten sind entstanden in Tegel, Cöpenick, Weihensee.

So breitet sich der Boden, auf dem die Volkshochschule Groß-Berlin steht, wie auch die zunehmenden Hörerzahlen beweisen, weiter und weiter aus. Daneben zeichnet ein Wachstum in die Tiefe das Werden der Volkshochschule aus: ständig intensiver gestaltet sich die Art des Lehrens, eine innigere Anteilnahme der Hörer, ein planmäßiges wissenschaftliches Arbeiten, aufsteigend von Stufe zu Stufe.

Von den Kursen der Volkshochschule erwähnen wir den Kursus unseres Genossen Stein über die „Entwicklung Rußlands“; einen Kursus über „Die Betriebsräte in Deutschland“ von Seidel; Keppenbergs Arbeitsgemeinschaft „Einführung in Kunstwerke“; einen Zklus von Felix Linke über „Volk und Wirtschaft“; Von anderen sozialistischen Dozenten der Volkshochschule Groß-Berlin erwähnen wir M. Granwald, Conrad Schmidt und S. Rehrle. Unter den der Arbeiterbewegung sympathisch stehenden Lehrkräften finden wir den Engelsbiographen Gustav Mayer, der das Thema „Proletariat und auswärtige Politik“ behandelt. Bekannt sind dem Proletariat Groß-Berlins außerdem die Dozenten Conrad, Rosenbergs, Müller-Neuhaus, Adolf Behne, Sillisch und Guttmann.

Bei näherer Betrachtung des Arbeitsplanes tritt deutlich hervor, daß die Mehrzahl der dem sozialistischen Proletariat nahestehenden Dozenten in den Arbeitsgebieten Geschichte, Rechts-, Staats- und Gesellschaftswissenschaften und Wirtschaftslehre unterrichten. Aus anderen Gebieten des Lehrplanes wollen wir nennen: Schottmüller, Liebert, Kieffert, Schünemann, Illich und Bollbach, die alle Vorträge über Kunst, Musik, Literatur und Philosophie halten. Aus dem naturwissenschaftlichen

Eine Kriegserinnerung

Zimmermanns Vertrag mit Sinnfein

Die englische Regierung hat soeben, wie telegraphisch mitgeteilt wird, Aktenstücke herausgebracht, aus denen die Verknüpfung der deutschen Politik mit der irischen Sinnfeiner-Bewegung während des Krieges hervorgeht. Wir kennen diese Dokumente nicht und wissen nicht, ob sich der Vertrag mit demjenigen deckt, den der damalige Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr Zimmermann, im Dezember 1914 mit dem Irenführer Sir Roger Casement abgeschlossen hat. Auf jeden Fall verdient er es, als ein Beitrag zur Illustration unserer großartigen Kriegspolitik an die Öffentlichkeit gezogen zu werden. Er besteht aus zehn Artikeln, deren wichtigste im Wortlaut folgen.

Artikel I. Im Hinblick auf die Möglichkeit, die nationale Unterstützung der Kaiserlich Deutschen Regierung zu fördern, soll aus den irischen Soldaten und den anderen Irländern, die augenblicklich in Deutschland Kriegsgefangene sind, eine Brigade gebildet werden.

Artikel III. Die Irische Brigade wird unter der irischen Fahne gebildet und kämpft nur unter dieser. Die Truppe wird eine besondere und als solche erkennbare irische Uniform tragen. Die Brigade wird ausschließlich von irischen Offizieren geführt, sobald dazu geeignete Irländer von Irland und den Vereinigten Staaten von Amerika beschafft werden können. Bis dahin werden unter Zustimmung des Sir Roger Casement deutsche Offiziere der Brigade befehligt werden, die die Disziplinargewalt über die Soldaten ausüben.

Jedoch darf, solange die Brigade unter der Kontrolle der deutschen Offiziere steht, keine militärische Operation angeordnet oder ausgeführt werden.

Artikel IV. Die Irische Brigade wird von der Kaiserlich Deutschen Regierung eingekleidet, versorgt und ausreichend mit Waffen und Munition ausgerüstet, unter der ausdrücklichen Vereinbarung, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung diese Leistungen freiwillig und unentgeltlich macht, um die irischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterstützen.

Artikel VI. Die Kaiserlich Deutsche Regierung übernimmt es, unter gewissen Umständen, die Irische Brigade mit ausreichender militärischer Unterstützung und versehen mit reichlichem Vorrat an Waffen und Munition nach Irland zu senden, um dort die Irländer auszurüsten, die mit ihr gemeinschaftlich den Versuch machen wollen, die nationale Freiheit Irlands mit Waffengewalt wiederherzustellen.

Die hier vorausgesetzten „besonderen Umstände“ sind folgende: In dem Falle eines deutschen Seesieges, der die Möglichkeit gewährt, die Küste Irlands zu erreichen, verpflichtet sich die Kaiserlich Deutsche Regierung, die Irische Brigade und ein deutsches Hilfskorps unter der Führung deutscher Offiziere in deutschen Transportschiffen auszuladen, um eine Landung an der irischen Küste zu versuchen.

Artikel VII. Eine Landung in Irland wird nur dann in Betracht kommen, wenn der deutschen Flotte ein Sieg beschieden ist, der mit begründeter Aussicht auf Erfolg den Seeweg nach Irland öffnet. Sollte die deutsche Flotte diesen Erfolg nicht haben, so wird die Irische Brigade in Deutschland oder anderwärts Verwendung finden, jedoch lediglich zu Aufgaben, die Sir Roger Casement als in genauer Übereinstimmung mit Artikel II gutheißt.

In diesem Falle könnte die Irische Brigade nach Ägypten geschickt werden, um bei der Vertreibung der Engländer und der Wiedererlangung der ägyptischen Unabhängigkeit Hilfe zu leisten.

Sollte die Irische Brigade nicht dazu kommen, für die Befreiung Irlands von dem englischen Joch zu kämpfen, so ist doch ein Schlag, der den britischen Eindringlingen in Ägypten beibringt und den Ägyptern zu ihrer Freiheit verhelfen soll, ein Schlag, der in einer der irischen verwandten Sache geführt wird.

Artikel IX. Im Falle, daß der Krieg beendet wird, ohne daß die Irische Brigade ihren Zweck, die Landung in Irland, erreicht hätte, so übernimmt es die Kaiserlich Deutsche Regierung, jeden Angehörigen der Brigade auf seinen Wunsch nach den Vereinigten Staaten von Amerika zu senden und ihn mit den Mitteln zu versehen, die das Einwanderungsgesetz der Vereinigten Staaten zur Bedingung macht.

Artikel X. Im Falle, daß die Irische Brigade in Irland landet und die militärische Operation dort zur Niederwerfung der britischen Oberherrschaft und zur Errichtung einer nationalen Regierung führt, verspricht die Kaiserlich Deutsche Regierung der so errichteten Irischen Regierung ihre volle moralische Unterstützung. Sie wird in aller Aufrichtigkeit sowohl durch

öffentliche Anerkennung als durch allgemeines Wohlwollen zur Aufrechterhaltung einer unabhängigen Regierung in Irland beitragen.

Dieser Vertrag wurde Herrn Casement mit einem vom 28. Dezember 1914 datierten Schreiben des Unterstaatssekretärs Zimmermann überliefert. Aus weiteren Aktenstücken geht hervor, daß bis zum August 1915 im Halbmondlager Josten ganze 54 Irländer vorhanden waren, die den Befreiungskampf gegen England unter Mitwirkung Deutschlands zu führen nicht abgeneigt schienen. Das sagt eigentlich schon genug zur Kennzeichnung einer Politik, deren Frivolität und Dummheit selbst diejenige Grenze überschreitet, an die man sich gerade bei Herrn Zimmermann gewöhnt hat.

Aus der italienischen Partei

Der „Verräter“ Serrati

Genosse Serrati, Mitglied des Exekutivkomitees der dritten Internationale landete am 1. Januar an Genossen Jean Longuet folgenden Brief:

„Werter Genosse!

In dem Bericht über Ihre in Tours gehaltenen Rede finde ich auch die Äußerung Sinowjews in bezug auf meine Person. Nach Sinowjew ist Serrati — auch er! — ein Verräter, weil die italienische sozialistische Partei gelegentlich der Fabrikbesetzungen nicht zur Revolution übergegangen ist.

Ich bitte Sie, den Lesern des „Populaire“ mitzuteilen, daß Serrati während der Fabrikbesetzungen in Rußland war — zusammen mit Sinowjew. Ich habe also auf große Entfremdung Brevet begangen. Das kommt nicht oft vor.

Es muß wiederholt werden, daß die Entscheidung gegen eine Erweiterung der Bewegung ebenfalls während meiner Abwesenheit erfolgt ist und zwar auf Grund der äußerst ungünstigen Erklärung, welche die Genossen von Turin (der kommunistischen Hochburg Italiens, D. Red.) in der historischen Sitzung vom 10. zum 11. September in Mailand abgegeben haben.

Mit brüderlichen Grüßen

G. M. Serrati.“

„Es ist unnützlich“, bemerkt Genosse Longuet zu diesem Brief, „den lächerlichen Charakter des von Sinowjew dem Chefredakteur des „Avanti!“ gemachten Vorwurfs besonders zu unterstreichen, der den Triumph der Revolution in Italien verhindert haben soll, wo er doch zu jener Zeit in Rußland weilte.“

Diese Dummheit ist von demselben Kaliber, wie der mit im vergangenen Jahre von Moskau gemachte Vorwurf, die Bewegung vom 21. Juli paralysiert zu haben. Zusammen mit Serrati hatten gerade wir diese Bewegung entfacht und in Frankreich habe ich sie mit Tommasi fast allein verteidigt, während die heutigen „zuverlässigen Kommunisten“ abseits gestanden haben.“

Wenn Väterlichkeit wirklich zu töten vermag, dann müßten Sinowjew und seine Nachbeter ihr Bestimmtes erledigen.

Auch d'Annunzio für die dritte Internationale!

Einer der prominentesten Führer der „reinen“ Kommunisten Italiens, der Abgeordnete Bombacci, hat sich wiederholt ganz offen für das humanere Unternehmen von d'Annunzio ausgesprochen, weil dies angeblich „revolutionären Charakter“ besäße. Aus demselben Grunde hat Bombacci auch abgelehnt, sich an einer durch die sozialistischen Abgeordneten im Parlament eingebrachten Interpellation zu beteiligen. Bombacci wird infolgedessen in den italienischen nationalstaatlichen Blättern nicht wenig umschmeichelt.

Selbstredend steht diese Beurteilung von d'Annunzio den ganzen inneren der italienischen sozialistischen Partei vertretenen Auffassungen entgegen. Anders scheint aber Moskau orientiert zu sein. So berichtet Serrati, daß man der italienischen Delegation in Moskau seinerzeit ein Telegramm vorgelegt habe, durch welches d'Annunzio Sowjet-Rußland beglückwünschte und es seiner Solidarität mit ihm versicherte!

Sollte nun die Haltung von Bombacci so zu deuten sein, daß das in immer härteren Kampf mit Serrati geratende Moskau in dem gleichen Verhältnis d'Annunzio näher kommt als es sich von Serrati entfernt? In der Gemeinschaft von Enver Pascha könnte jedenfalls auch für den italienischen Abenteuer d'Annunzio Raum geschaffen werden. Die Entwicklung von der „kommunistischen“ zur „nationalsozialistischen“ Internationale würde damit nur deutlicher zum Ausdruck kommen.

Der 18. Januar in der Schule

Am 18. Januar haben unsere Monarchisten und Adelsleute mal wieder einen Großfeiertag, den sie gewiß nicht ohne gehörigen Tamtam werden vorübergehen lassen. Daß auch die meisten Regierungen der deutschen Freistaaten in irgend einer Weise fördernd dabei mitwirken werden, den 50. Jahrestag der Reichsgründung zur Verherrlichung des monarchistischen und imperialistischen Gedankens zu mißbrauchen, kann bei der bürgerlich-reaktionären Zusammensetzung dieser „republikanischen“ Regierungen nicht mehr wundernehmen.

Besonders bezeichnend für den Geist unserer Reaktionäre und der von ihnen gebildeten Kabinette ist, daß sie sich vor allem und immer wieder die Schule für ihre monarchistischen Kundgebungen aussuchen. Von jeder war diesen Leuten die Schule das Mittel, durch das sie das Volk systematisch zu verblöden und zu bekümmern suchten, um so ihre Herrschaft zu sichern. Und so lange sie die Schule unter ihrem Einfluß haben, werden sie diese auch für ihre Zwecke mißbrauchen, wie es wieder einmal deutlich bei den verschiedenen Vorbereitungen zur Feier des 18. Januar zum Ausdruck kommt.

Die Klassenlehrer oder die Lehrer für Geschichte werden in den einzelnen Klassen in einer geeigneten Ansprache auf die Bedeutung des Tages hinweisen, verfährt der Kultusminister Dr. Witt für den Ordnungszustand Bayern. Ähnliches ordnen seine Kollegen vom Reich in den anderen Staaten an. Und der Minister der Kirchen und Schulen im ehemaligen Großherzogtum Oldenburg erklärt obendrein den 18. Januar als Schulfreientag. Der obdenburgische Minister will damit offenbar betonen, daß er an „treudeutscher Gesinnung“ hinter keinem seiner Kollegen zurückbleibt, und wenn es not tut, auch selbst seine bayrischen Kollegen überbieten kann.

Die „angemessene Feier“ dieses Tages aber wird in der Wieder-aufschwung der alten Geschichtsbücher bestehen, welche die hohenzollern-bismarck'sche Blut- und Eisenpolitik verherrlichen und sie als eine Angelegenheit des deutschen Volkes hinzustellen versuchen. Das geschieht 24 Jahr nachdem diese Politik an ihren eigenen Fehlern zusammengebrochen ist, zu einer Zeit, da das deutsche Volk noch unter der ganzen schweren Last des verlorenen Krieges stöhnt, der den natürlichen Abschluß jener hohenzollern'schen Regierungslust bildet. Zweieinviertel Jahr nach Sturz dieser Dynastie preßt man der deutschen Jugend ihren „Raum“ und ihre Taten, während man den Tag, der ihrer unglückseligen Herrschaft ein wohlverdientes Ende bereitet, den Tag, an dem das graufame Morden eines fünfjährigen Weltkrieges endlich aufhörte, stillschweigend vorübergehen läßt, ja, seine Feier in Schulen und öffentlichen Anstalten direkt verbietet.

Die Not der Arbeitslosen. Um zu der durch die Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen geschaffenen Sachlage und zu den Anträgen auf Beschaffung von Arbeit und Erhöhung der Unterstützung Stellung zu nehmen, hat der Genosse Dr. Herz beim Reichsarbeitsminister die sofortige Einberufung der von dem Reichsarbeitsminister Ausschuss des Reichstags eingesetzten Untersuchungskommission für die Erwerbslosenfürsorge beantragt.

Ein dritter Antragsteller ist der Landesversammlung zugegangen, der die Ausgaben für die neue Schutzpolizei, d. h. die Sicherheitspolizei, anfordert.

Die Erfurter Waffenschließung. Die Erfurter Waffenschließung zieht weitere Kreise. Unter den neuerdings Verhafteten befindet sich der Lagerhalter Wenzel von der hiesigen Treuhandgesellschaft. Es ist festgestellt, daß die Waffenteile aus Beständen der Reichsrentenhandgesellschaft stammten.

Verleumdung. In dem Bericht über die Kandidatenausschließung ist der Name des 8. Kandidaten falsch wiedergegeben, es ist Genosse Jachert (nicht Jacherl).

Der neue englische Kolonialminister. An Stelle des zurückgetretenen Lord Milner wurde Lord Montagu zum englischen Kolonialminister ernannt.

Groß-Berlin

Zum Wohnungselend

Es gehen uns täglich eine große Reihe von Zuschriften zu, in denen über irgend einen Fall von besonderer Härte in der Wohnungsfrage geklagt wird. Es ist unmöglich, die Fülle der Zuschriften abzudrucken, obwohl sie eine gute Illustration des herrschenden Wohnungselendes bieten würden. Die Ursachen des Wohnungselendes sind ja bekannt. Während man nun annehmen sollte, daß die Wohnungsämter sich bemühen, zum mindesten durch ihre Maßnahmen, die doch immer nur Palliativmittel sein können, wenigstens in ihrem Rahmen einige Linderung zu schaffen, kommen so und so oft Klagen, daß die vorhandenen Zustände durch rigorose Eingriffe noch verschlimmert werden. Einige Fälle seien kurz angeführt.

In einer Zuschrift des Mieterverbandes, Gruppe Süden, wird Beschwerde geführt über die 10. Wohnungsinspektion, Hoffmannstraße. Dort hat ein Mieter eine Wohnung im dritten Stock inne. Dessen Frau ist seit einigen Jahren an einem schweren Herzleiden erkrankt, das sie sich durch Unterernährung und schwere Kriegsarbeit, während der „vaterländischen Tätigkeit“ ihres Mannes zugezogen hat. Das Leiden hat sich derartig verschlimmert, daß der Arzt in einem sehr dringenden Attest angeordnet hat, daß die Frau eine Wohnung im ersten Stock oder Parterre haben muß. Der Mann wurde mit diesem Attest im Oktober beim Wohnungsamt, und zwar beim Direktor Laporte, schriftlich vorstellig. Kurz darauf erschien dann auch die Schwester Hilfer und versprach Mithilfe. Leider ist November und Dezember darüber verstrichen. Inzwischen ist das Leiden so fortgeschritten, daß bei dem fortgesetzten Treppensteigen eine Katastrophe immer bedrohlicher erscheint. Der Einsender schreibt uns, daß andere Leute auf derselben Wohnungsinspektion, die dort sehr handgreifliche Anstöße herbeigeführt haben, sehr rasch befriedigt worden wären. Sollte das etwa der einzige Weg sein, um von dieser Wohnungsinspektion eine Erfüllung dieser doch berechtigten Forderung zu erlangen?

Ein anderer Fall betrifft die Wohnungsverhältnisse bei der Polizei-Abteilung Trepion. Ein Mitglied der zweiten Hundertschaft dieser Abteilung teilt uns mit, daß dort die Räume, die zur Unterbringung von Mannschaften zur Verfügung stehen, recht merkwürdig aufgeteilt sind. Der ledige Adjutant der Abteilung bewohnt als einzelner Beamter eine Zimmerdauermwohnung, von denen nachweislich ein Zimmer dauernd leer steht. Dagegen müssen verheiratete Unterbeamte mit Kindern, mit 1- oder 2-Zimmerwohnungen zufrieden sein, und die ledigen kasernierten Beamten werden zu vier, fünf und sechs in eine Stube gepfercht. Sollte sich da nicht eine Einteilung treffen lassen, die vielleicht dem Herrn Adjutanten weniger an-

(Das ist die Krone) und nicht die englische Lyrik (von der man einiges Höbliche Sonntag zu hören bekam), das ist der englische Roman, in seinen Hauptvertretern Sterne, Fitzgerald, Dickens. Von diesen drei Hauptpersönlichkeiten der englischen Literatur war nur der schwächste, Dickens, mit einem unzulänglichen Stück auf dem Programm vertreten. Und so lernte man das Beste der englischen Literatur: den etwas nüchternen, aber sehr gelunden Menschenverstand und den sehr weilen und sehr glitigen Humor nicht kennen. Auch nicht aus dem einleitenden Vortrage Paul Wiegler, der im Übrigen aber ganz instruktiv und doch unterhaltend war. Nur fehlte er die negativen Eigenschaften des Engländers etwas zu sehr hervor. „Das Land ohne Ruß!“ — damit ist England denn doch nicht ganz erschöpft.

Die Leistungen der Vortragenden Künstler waren in keinem Fall bedeutend, in einigen Fällen sogar unerträglich. Ueber Margarete Rudolphin schweigt des Sängers Höflichkeit am besten. Sie hatte sich nicht einmal vorbereitet. Kraußneul las ein paar ernste, fromme und würdige Sätze von Ruscin wie ein Pastor — aber wie ein Bühnenpastor. Das hätte schlicht und still gelesen werden müssen. Er machte eine dramatische Szene daraus. Mädel las Mithras mit Ernst und Eifer. Aber er war (so wenig wie Wiegler in seinem Vortrag) der überragenden Größe dieses gewaltigen Proletariats nicht gewachsen. Immerhin: eine anständige Leistung. Am besten las Dagmar Servaes ein paar Verse von Swinburne.

Das „Land ohne Ruß!“ — Ja, was ist denn Ruß!, wenn Swinburnes Verse nicht Ruß! sind?

Hans Siemen

Tages-Notizen

Kantveranstaltungen anderer Dilettanten. 8. Dilettant am 18. Jan. abends 7 1/2 Uhr, im Saal des Rathauses, Rathhausstr. 8, ein helles und interessantes Programm, das für 2 Mk. etwas Gutes geboten wird. Eintrittskarten bei den Funktionären und an der Kasse.

9. Dilettant am 18. Jan. in der Oberrealschule Potsdamerstr. 44, abends 8 Uhr, ein interessantes Programm. — 10. Dilettant am 18. Jan. im Saal des Rathauses, Rathhausstr. 8, abends 7 1/2 Uhr, ein helles und interessantes Programm, das für 2 Mk. etwas Gutes geboten wird. Eintrittskarten bei den Funktionären und an der Kasse.

11. Dilettant am 18. Jan. in der Oberrealschule Potsdamerstr. 44, abends 8 Uhr, ein interessantes Programm. — 12. Dilettant am 18. Jan. im Saal des Rathauses, Rathhausstr. 8, abends 7 1/2 Uhr, ein helles und interessantes Programm, das für 2 Mk. etwas Gutes geboten wird. Eintrittskarten bei den Funktionären und an der Kasse.

13. Dilettant am 18. Jan. in der Oberrealschule Potsdamerstr. 44, abends 8 Uhr, ein interessantes Programm. — 14. Dilettant am 18. Jan. im Saal des Rathauses, Rathhausstr. 8, abends 7 1/2 Uhr, ein helles und interessantes Programm, das für 2 Mk. etwas Gutes geboten wird. Eintrittskarten bei den Funktionären und an der Kasse.

lichen Fach glauben wir auf den Kursus „Naturwissenschaftliches Denken“ aufmerksam machen zu müssen, den Hippold hält, und ferner auf die Dozenten Bauer, Günther von Glöttstedt, in Lander und Bökertunde ist besonders zu beachten Kahl, der das Thema „Grundlagen des deutschen Wirtschaftslebens“ behandelt.

Der große Lehrplan, der zu jedem Thema genaue Vortragsdispositionen und ausführliche Angaben über die sonstigen Veranstaltungen und Arbeiten der Volkshochschule Groß-Berlin bringt, nebst einer kurzen Darstellung des Baues der Volkshochschule ist bereits zu einem 60 Seiten starken Heft angewachsen. Er wird zum Preise von 1 Mk. abgegeben, seine Anschaffung empfiehlt sich unter allen Umständen. Man bekommt ihn in der Buchhandlung „Freiheit“ und an anderen Stellen, die in dem kleinen unentgeltlichen Lehrplan genannt sind.

Wir glauben allen Anlaß zu haben, die Berliner Arbeiterschaft eindringlich auf die Volkshochschule hinzuweisen. Wir finden aber auch, daß die Stadtgemeinde Groß-Berlin der Volkshochschule Groß-Berlin die größte Aufmerksamkeit zuwenden sollte. Das betonen wir, weil wir leider den Eindruck nicht recht los werden, als ob das an gewissen entscheidenden Stellen nicht der Fall ist.

Am 17. Januar, nachmittags 6 Uhr, findet im Stadtoberordneten-Sitzungssaal des Berliner Rathauses eine Kundgebung der Volkshochschule Groß-Berlin statt. Einleitende Worte: J. Sassenbach. Hierauf A. Herz: Die Volkshochschule, eine Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes.

Stimmen der Völker

Im Staatlichen Schauspielhaus

Unter diesem Titel hat das Staatstheater sonnigste „Mittags-Veranstaltungen“ eingerichtet. Hier soll man die bekannten und auch unbekanntesten Dichter fremder Nationen kennen lernen können. Also, das Kennen- und Verstehenlernen immer, bei Werken der Kunst aber ganz besonders, Liebgewinnen heißt: ein kleines Werk internationaler Annäherung, ein, da die Plätze nur 5 und 3 Mark kosten, verdienstvolles Werk.

Am letzten Sonntag war es freilich nicht so verdienstvoll, wie man hätte wünschen mögen. Die Leitung der Staatstheater hätte die Pflicht, bei diesen billigen Veranstaltungen, gerade weil sie von denen besucht werden, die für teure Vorstellungen kein Geld haben, sich die allergrößte Mühe zu geben. Sonntag war das gewiß nicht geschehen. Der Tag war den „Anglo-Amerikanern“ gewidmet, das heißt den Engländern und Amerikanern. Das ist natürlich ein für einen Mittag viel zu großes Thema. Das Haupt-, Kern- und Mittelstück der englischen Literatur ist nämlich nicht das Shakespeare'sche Drama

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskaufdruck
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Beruhigung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen o. 30 Mk. ab.
Spez.: Zähne ohne Gäumen. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Matvani, Danziger Straße 1.

genehm, zweifellos aber den gesundheitlichen Anforderungen und menschlichen Bedürfnissen der übrigen Beamten etwas mehr entgegenkommt?

Ebenfalls vom Mieterverband wird ein Fall berichtet. Der Obmann eines Mieterrats machte über die Zustände in dem von ihm bewohnten Grundstück folgende Angaben: Der Hausagrarier wohnt außerhalb, ein Verwalter ist nicht bestellt. Die Wohnungen befinden sich in einem trostlosen Zustande, die Flurbeleuchtung ist abgestellt, das Dach undicht, und die Fenster reparaturbedürftig.

So genügt also offenbar noch nicht, daß schon ein Wohnungs-eigentum durch den zahlennämigen Mangel an Wohnungen besteht, sondern dieses wird noch gesteigert dadurch, daß die Verteilung der vorhandenen Wohnungen ungerecht im höchsten Maße ist, und daß außerdem gewissenlose Hausagrarier in der Angst um ihren Profit sich scheuen, die Wohnungen in einem menschenwürdigen Zustand zu erhalten.

Bezirksversammlung Berlin-Mitte

Zur Einleitung in die Tagesordnung wurde ein Dringlichkeitsantrag Schneider und Genossen angenommen, wonach der Magistrat Berlin ersucht wird, das Mobiliar der Festhalle an der Straßenbrücke 8 dem zu schaffenden Bezirksamt zur Verfügung zu stellen.

Darauf beschließt die Versammlung, den Vorstand aus 5 Personen zu bilden. Die Wahl ergab 57 abgegebene Stimmzettel. Davon erhielten der Genosse Brendel 30 und Bezirksvorordneter Dr. Kunz 27. Genosse Brendel ist mit absoluter Mehrheit zum Vorsitzenden der Versammlung gewählt.

Durch Zuruf wurden zum stellvertretenden Vorsitzenden Bezirksvorordneter Dr. Kunz, zum Schriftführer Bezirksvorordneter Christ, zu Schriftführer-Stellvertretern Bezirksvorordneter Wenzel und Bezirksvorordnete Frau Wolfstein gewählt. Der Antrag Christ und Genossen über den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge wurde angenommen. Darin wird Magistrat und Stadtverordnetenversammlung aufgefordert, die Bildung der Bezirksämter schleunigst zu ermöglichen, damit eine umfassendere Erwerbslosenfürsorge betrieben werden kann.

Die Verichterstattung über die Wahl der Bezirksamtsmitglieder wurde von der Tagesordnung abgelehnt und der Ausschuss weiter beauftragt. Der Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl der Ehrenbeamten berichtete über die Verteilung der Bezirksvorordneten auf die Stadtbezirke. Die Versammlung beauftragt auch diesen Ausschuss bis auf weiteres, Anträge auf Abänderung der Verteilung der Bezirke sollen von den einzelnen Bezirksvorordneten dem Bureau mitgeteilt werden.

Die Abstimmung über die Anträge Christ und Genossen betr. die Einrichtung von Befehls- und unentgeltliche Hergebe von Vermitteln wird infolge Beschlussunfähigkeit vertagt.

Zusammenlegung der Bezirksämter

Die Vorlage über den Erlaß eines neuen Ortsgesetzes über die Zusammenlegung der 20 Berliner Bezirksämter und die Befolgung ihrer Mitglieder beschäftigte gestern abend einen Stadtverordnetenauusschuss unter dem Vorsitz des Stadtv. Panschaw. Der Magistrat war durch den Stadtkämmerer Boeck und den Magistratsrat Wäßling vertreten. Nach eingehender Beratung wurde die Magistratsvorlage abgeändert angenommen und der Vorlage mit der Verichterstattung in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beauftragt. Die Änderungen betreffen die Zusammenlegung der Bezirksämter 10 (Schöneberg), 13 (Tempelhof) und 16 (Lichtenberg) zu einem und 11 (Mitte) zu zwei und 4 unbesoldeten Mitgliedern 8 besoldete und 3 un-

besoldete Mitglieder erhalten und in den beiden anderen Bezirken 13 und 16 sollen statt 9, 11 Mitglieder gewählt werden, d. h. 7 besoldete und 4 unbesoldete.

Gleichzeitig trat der Ausschuss zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Anrechnung der im Weinadient verbrachten Dienstzeit auf das pensionsfähige Dienstalter im Rathaus unter Vorsitz des Stadtverordneten Braun und in Gegenwart des Stadtsyndikus Dr. Lange zusammen. Die Beratungen wurden vertagt, da den Fraktionen noch einmal Gelegenheit gegeben werden soll, Stellung zu nehmen zu den im Ausschuss vorgebrachten grundsätzlichen Fragen.

Unwürdige Kampfmittel

Die Kampfmittel unserer Gegner auf der linken Seite werden immer mehr ihrer sonstigen politischen und moralischen Beschaffenheit würdig. Herr Karl Schneid, von jeder ein Mann, der von „Geschäften“ etwas verstand, veröffentlichte in seiner „Tribüne“ einen großen Artikel mit der Überschrift: „Der Pleitegeier über Breite Straße 8“. Die „rote Fahne“ macht sich die Behauptungen des Herrn Schneid zu eigen und schreibt ebenfalls, es trage im Gebälk der „Freiheit“.

Sollen wir auf all diesen Unfuss antworten? Ist es nicht ein schlimmes Zeichen für den Tiefstand dieser Gefellen, daß sie endlich bei diese Kampfmittel angelangt sind? Der „Noten Fahne“ wollen wir nur erwidern, daß es uns geschäftlich wahrheitsgemäß glänzend gehen würde, wenn wir uns in Halle von Schneidew hätten kaufen lassen. Snowjew hat ja deutlich genug erkennen lassen, daß er bereit gewesen wäre, einen ansehnlichen Preis in russischen Rubeln zu zahlen. Herrn Schneid aber sei erwidert, daß es uns allerdings sehr schlecht gehen könnte, wenn das „Freiheit“-Geschäft lauter solche Kunden hätte, wie Herr Schneid es ist. Da aber die Mehrzahl unserer Kunden ihre Rechnungen zu bezahlen pflegt, geht es uns — mag es nun dem Schneid und der „Noten Fahne“ recht sein oder nicht — ausgezeichnet.

Fortbildungspflicht für alle Jugendlichen. Wie wir hören, ist ein Reichsgesetz über die Einführung der obligatorischen Fach- und Fortbildungspflicht für alle Jugendlichen bis zum 18. Jahre, auch der Hausangestellten, in Vorbereitung.

Charlottenburg, Eltern, deren Kinder an der Jugendweihe teilnehmen, wollen sich bei den Genossen Schmal, Sandstr. 31, Strohstr. 13, Guro, Rehringstr. 9, melden.

Zu der Erziehung des Kriminalwachmeisters Behrke wird uns mitgeteilt, daß die von den Beamten der Obwache vorgenommene Verhaftung nicht aufrechterhalten werden konnte. Die Nachprüfungen des Kriminalkommissars Dr. Riemann haben ergeben, daß der Mann mit dem Betreffenden nichts zu tun hat. Alle Zeugen, die für die Aufklärung des Verbrechens zweckdienliche Mitteilungen machen können, werden unter Hinweis auf die Belohnung von 10 000 M. ersucht, sich noch umgehend bei Kommissar Dr. Riemann zu melden.

Verhaftung eines Juwelenschleifers. Nach Unterschlagung von Brillanten im Werte von 270 000 Mark flüchtig geworden war seit dem 6. November vorigen Jahres ein 25 Jahre alter aus Kalkth gebürtiger Kaufmann Jabor Bosnanak. Er hatte die Juwelen von einem Kaufmann aus der Französischen Straße in Kommission erhalten, war aber damit nach Holland gegangen. Jetzt wieder hierher zurückgeführt, wurde er von der Kriminalpolizei verhaftet.

Verhaftung eines Räuberhauptmannes. Der Anführer einer vielköpfigen Räuberbande, der seit zwei Jahren von verschiedenen Kriminalbehörden gesucht wurde, ist gestern von der Berliner Kriminalpolizei ermittelt und unfählich gemacht worden. Es handelt sich um einen aus Bielefeld stammenden Arbeiter Kollan, der sich auch wegen eines in Verbindung mit den Raubzügen stehenden Geldmordmordes zu verantworten haben wird.

Eine diesseitige Bande. Eine gut organisierte Einbrecher- und Diebesbande, die fast ausschließlich aus Polen besteht, hat in letzter Zeit in Groß-Berlin den Behörden viel zu schaffen gemacht. Ein großer Teil der Diebstähle, die auf der Untergroßbahn und in den Straßenbahnwagen verübt werden, fällt auf ihre Konto. Ebenso vermuten die Polizeibehörden Berlins, daß von diesen „Lobzer Jungen“, wie diese Bande in Verbrechertreuen genannt wird, ein gut Teil aller in den letzten Monaten vorgekommenen Einbrüche ausgeführt worden ist. So fahndet die Polizei auf einen gewissen Saljo Padenräger aus Lobz, der es in raffiniertester Weise verstanden hat, bei einem großen Juwelen Diebstahl kein Schäßchen ins Trockne zu bringen. Padenräger war auch in eine andere Diebstahlsangelegenheit verwickelt. Er hatte mit anderen Mitgliedern der Lobzer Bande ein „großes Ding“ gemacht. Sie hatten sich mit den Dienstmädchen eines Kolonialwarenhändlers Binder, Hirtensstraße, bekannt gemacht und dabei ausbeutet, daß der Kaufmann in seinem Geldschrank große Summen bares Geld und Wertpapiere aufbewahrte. Sie hatten von den Dienstmädchen jener erfahren, daß Herr B. am 1. Dezember die Hochzeit seiner Tochter

feiern werde. Die Lobzer Überredeten nun die Dienstmädchen, ihnen ein Stiefelchen zu gewähren. Als die Familie in die Kirche gefahren war, erschienen die Polen in der B.ichen Wohnung, und während die „Bräutigams“ mit den Mädchen ein Scherzstückchen feierten, erbrachen andere Mitglieder der Bande den Geldschrank und entwendeten 180 000 Mark daraus. Dann begaben sich die beiden Dienstmädchen, um ihr Alibi nachweisen zu können, in den Hochzeitslaal und waren dort beim Servieren tätig. Zum Dank wurden sie von den „Lobzer Jungen“ nach Polen verschoben. Bisher ist es von der Kriminalpolizei noch nicht gelungen, die Täter, unter denen sich Padenräger befindet, zu ergreifen.

Vorauswärtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Donnerstag. Ein wenig wärmer, zeitweise aufklärend, jedoch überwiegend trübe mit wiederholten Regenfällen und lebhaften südwestlichen Winden.

Aus den Organisationen

- 4. Bezirk. Abteilungsleiter, heute abend, 7 1/2 Uhr, Klefate abholen bei Her, Neumannstr. 8.
- 4. Bezirk. Donnerstag, 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Kaiser, Seilerstr. 25. Bildungs-Kommission. Die Anwesenheit eines Bezirksvorordneten ist erwünscht.
- 6. Bezirk. 13. Abteilung. Heute gemeinsamer Jahlabend um 7 Uhr bei Metzger, Schönebergstr. 20.
- 7. Bezirk. 2. Abteilung. Der Jahlabend findet heute bei Hoffmann, Strausens-Weg 17 um 7 Uhr statt.
- 8. Bezirk. Abteilungsleiter Material heute abend 8 Uhr, bei Wittich, Teichlagener Straße abholen.
- 10. Bezirk. Jugendversammlung. Donnerstag, 12. Januar, bei Wittich, Seilerstr. 25, 7 1/2 Uhr. Kinderjugendkommission bei Kutzow, Steinrich-Weg Nr. 5, 7 Uhr.
- 12. Bezirk. Donnerstag, 7 Uhr, Schulstra. 6, 11. Eltern-Versammlung in der 108. Friedrichstraße. Pflicht aller Eltern ist es, zu erscheinen.
- 14. und 15. Bezirk. Charlottenburg. Karl-Liebknecht und Obdiente der Bildungs-Kommission. Donnerstag abend 7 Uhr, bei Braun, Wilhelmshagenstr. 24.
- 14. Bezirk. Kinderjugendkommission. Sitzung am Donnerstag abend 7 Uhr, bei Reichen, Spandauer Str.
- 15. Bezirks-Vorstand. Die Ortsverbände der Parteigruppen in der 158. Friedrichstraße. Pflicht aller Eltern ist es, zu erscheinen.
- 15. und 16. Bezirk. Charlottenburg. Karl-Liebknecht und Obdiente der Bildungs-Kommission. Donnerstag abend 7 Uhr, bei Braun, Wilhelmshagenstr. 24.
- 16. Bezirk. Kinderjugendkommission. Sitzung am Donnerstag abend 7 Uhr, bei Reichen, Spandauer Str.
- 1. Bezirk. Abteilungsleiter. Die Ortsverbände der Parteigruppen in der 158. Friedrichstraße. Pflicht aller Eltern ist es, zu erscheinen.
- 1. Gruppe. Bei Mittag. Abteilungsleiter 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Bereinskalender

- Abend der tschechischen Agitatoren und Beamten. Heute Mitglieder-Versammlung. Nachb. 7 in Empatiastraße, Schönebergstr. 129, abends 7 1/2 Uhr. Donnerstag. Mitglieder-Versammlung. Nachb. 7 in Empatiastraße, Schönebergstr. 129, abends 7 1/2 Uhr. Freitag. Mitglieder-Versammlung. Nachb. 7 in Empatiastraße, Schönebergstr. 129, abends 7 1/2 Uhr. Samstag. Mitglieder-Versammlung. Nachb. 7 in Empatiastraße, Schönebergstr. 129, abends 7 1/2 Uhr. Sonntag. Mitglieder-Versammlung. Nachb. 7 in Empatiastraße, Schönebergstr. 129, abends 7 1/2 Uhr.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kohnst, Berlin. Verantwortlich für den Verlagsanteil: Rudolf Kohnst, Berlin. Verlagsnummer: 1000. Preis für den Abnehmer: 3 Mark. Preis für den Einzelheft: 1 Mark.

Parteigenossen verlangt im heutigen Jahlabend den U. S. P.-Taschenkalender 1921
Preis für die Organisation 3.- Mark.

besoldeten Beigeordneten
in hohen, Besoldung nach Gruppe 12 der staatlichen Besoldungsordnung, bzw. Besoldung und Gehaltsabzug, Abzahlung mit Pensionsberechtigung nach Maßgabe der Grundzüge der Fahrgehalts- und Hinterbliebenenkasse der Rheinprovinz. Es kommen nur bereits benannte Bewerber in Betracht, welche die Befähigung zum höheren Beamten- oder Verwaltungsdienst haben. Mitteilungen sofort an den Unterscheidungsamt.

Zum Todestage Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs
(15. Januar 1919)
DER MORD
an Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
Mit Porträts der Ermordeten und Bildern der Angeklagten / 115 Seiten / Preis 4.- Mark
Karl Liebknechts letzte Tage
Preis 40 Pfennig
Postkarten mit Porträts Karl Liebknechts und Rosa Luxemburg / 30 Pfennig
Wiederverkäufern hoher Rabatt!

Spezialität: Zahn-Praxis Endter Nflg.
Moenchenstraße 21, Hochbahnhoft-Bülowstraße
Nur 2 feste Preise
Zähne 5 M. und 7,50 M.
Erläutere natürliche Herab und Formen mit einem Kunstzahn und schriftlicher Garantie.

Goeben erschienen!
Die Verfassung des Freistaates Preußen
Preis 2,00 Mark
Wahlgesetz zum Preussischen Landtag, Provinzial-Landtags- und Kreislands-Wahlgesetz
Preis 2,50 Mark
Organisationen preisermäßigend
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C. 2, Breite Straße 8-9
Spezialred. Werner, Greifswalder Str. 20.
sucht Botenfrauen für die Tour Schmedter Straße und Choriener Straße per sofort.

Buchhandlung „FREIHEIT“
Berlin C 2, Breite Straße 8-9
Botenfrauen
sofort gesucht
Freiheit-Ausgabestelle
Marie Döring, Steinmetzstr. 23.

Kleine Anzeigen
Das Heberichsamt 1.- M. für jeden weiteren Wert im Wert 1.50 M. netto. Stichtagsgebühr Heberichsamt 1.50 M. für jeden weiteren Wert im Wert 1.- M. netto.
Verkäufe
Hoffmann & Co., Potsdamer Str. 83, 1. Etage, Sonntag, 13. Januar, 10 Uhr, im Lokal von Kaiser, Seilerstr. 25. Verkauf von Möbeln, Porzellan, Kunstgegenständen, etc. etc.